

10. Dez. 2008

ENTSCHLIESSUNGSAVTRAG

der Abgeordneten Hofer, Themessl und
weiterer Abgeordneter

betreffend die Halbierung der Mehrwertsteuer auf Energie aus erneuerbaren
heimischen Ressourcen

Das neue Ökostromgesetz ist aus Sicht der FPÖ nicht vertretbar. Die OPEC teilte vor
kurzem mit, dass der Zenit der rasanten Ölpreisseigerung mit 135 Dollar pro Barrel
noch lange nicht erreicht ist. Als Grund werden die gestiegerte Nachfrage sowie die
zunehmende Spekulation bei gleichzeitig sinkenden Lieferungen angegeben.

Die Weltenergiebehörde IEA warnt eindringlich vor Versorgungsengpässen. Deren
Chefökonom meinte in einem Interview, dass ab 2015 Ölknappheit vorherrschen
werde. Bereits heute würden täglich 12,5 Millionen Barrel, das sind 15 Prozent des
Weltölbedarfes, fehlen. In die Erschließung neuer Ölfelder werde zu wenig investiert.
Die FPÖ ist daher für die Forcierung der heimische Energieträger.

Angesichts der steigenden Energiepreise – nach Medienberichten sei es der
Gaspreis, der nun massiv hinaufgeschraubt werden solle, wobei noch dieses Jahr mit
einer Steigerung von mindestens 20 Prozent zu rechnen sei. Es ist daher notwendig,
eine Energiewende hin zu erneuerbaren heimischer Energien einzuleiten.

Ziel muss es sein, dass Energie leistbar bleibt. Die Energiepreise dürfen nicht weiter
steigen. Opfer wären hier vor allem Pensionisten und Familien. Die Energiekosten
durch zusätzliche Steuern weiter zu erhöhen wäre mehr als unverantwortlich.

Aus Sicht der FPÖ ist es daher unumgänglich, die notwendigen Maßnahmen für
unsere künftige Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit durch Förderung
der heimischen, regenerativen Energieproduktion zu setzen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAVTRAG

Der Nationalrat möge beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage
vorzulegen, die zum Inhalt hat, dass die Mehrwertsteuer aus erneuerbaren
heimischen Ressourcen stammende Energie von derzeit 20 Prozent auf 10 Prozent
halbiert wird.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Finanzausschuss vorgeschlagen.

Wien am
10. DEZ. 2008

